

Thesen zu den Fragen zur Nahost Konferenz der Grünen

Simon Lissner, LAG Frie Hessen

Vorbemerkung:

Grundsätzlich laufen wir Gefahr, beim Blick auf den Nahost Konflikt in die „deutsche“ Antisemitismus-„Falle“ zu rennen. Wir sollten versuchen, sachlich entlang der Facts zu diskutieren. Zu den Facts gehört, dass die Politik der israelischen Regierungen keine, aber auch gar keine Verantwortung für das Entstehen genozidaler, dem europäisch-deutschen Nazitum entlehnten Ideologien innerhalb der islamischen Glaubensgemeinde trägt. Für diese dem NS entlehnten und auf diesen zurückführbaren Propagandisten des Todes ist es völlig egal, wie Israel sich „verhält“, „agiert“. Jede Handlung des Staates Israel und seiner Bürger/innen wird im genozidalen Verschwörungsbild zu einer „neuen todeswürdigen Finte der jüdischen/wahlweise zionistischen Teufel“. Für uns Grüne sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, solchen Ideologien keinen, auch nicht den kleinsten Fingerbreit Rechtfertigung und damit Raum einzuräumen. Auch falsch verstandenes Mitleid begünstigt die Katastrophe. Dieser festen Überzeugung bin ich. Auch in unseren Grünen Reihen mag es provozierend wirken (ich hoffe nicht!) und wenn es dies tut, so sei es drum und nötig: Im Zweifel stehen wir an der Seite Israels.

Das heißt nicht, Kritik sei „nicht erlaubt“ und mit Fug und Recht mag man sich im Einzelfall gegen das wenden, was die politische Rechte in Deutschland demagogisch die „Antisemitismuskeule“ nennt. Entscheidend ist jedoch, dass den Freunden in Israel stets erkennbar wird, gegen was und wen sich die Kritik richtet. Und vor allem: Wir brauchen einen eindeutigen Standpunkt, von dem unsere Kritik aus beurteilt werden kann. Dieser Eindeutige Standpunkt heißt schlicht: Im Zweifel stehen wir zu und an der Seite Israels. Jedem sollte klar sein, dass dieser Standpunkt weitreichende Konsequenzen haben kann. Nach dem Libanonkonflikt hatten viele unter uns Grünen allergrößte Befürchtungen, dass sich im Zuge der Kontrollen des Waffenschmuggels vor der Küste, deutsche Soldaten ihre Waffen gegen Israelis richten könnten, im Rahmen des UN Mandates. So unbegründet diese Befürchtungen (ich selbst hatte sie jedenfalls auch und änderte meine Meinung im Laufe der Entwicklung) waren, weisen sie doch auf einen weiteren Fact hin: Gelingt ein ernsthafter Friedensschluss nicht, wird Deutschland möglicherweise Kriegspartei an der Seite Israels (der UN – Auftrag war so gesehen, ein parteiischer Auftrag gegen Hisbollah – Waffenschmuggel). Dieser dramatischen Konsequenz müssen wir uns auch als Grüne Partei stellen – in diesen bewegten, unsicheren Zeiten. Auf der Schwelle unterhalb eines drohenden Kriegs, insbesondere durch das nukleare Drohgebaren Irans müssen wir, bei und trotz aller Kritik im Zweifel parteiisch sein. „Normalität“ für Deutschland bedeutet: Die Mordtaten unserer Großväter/-mütter nie vergessen. Wir werden nicht „wegsehen“ - dass, so meine ich, gilt in besonderem Maße für unsere Grüne Partei.

→... *Wie beurteilen wir rückblickend Krieg in Gaza Anfang 2008 und die heutigen Debatten in den Vereinten Nationen dazu, u.a. Goldstone-Report?*

Der Goldstone Report stellt das Recht Israels auf Selbstverteidigung nicht in Frage. Der Report untersucht, wie Israel sein Recht wahrnimmt. Neben der Umsetzung des Rechts Israels auf Selbstverteidigung untersucht der Bericht die militärische Politik der Hamas. Im Report werden Verstöße gegen die Menschenrechte und

Missachtung der Verhältnismäßigkeit der Mittel seitens Israels fest gestellt, wie auch Verbrechen der Hamas-Regierung.

Sowohl die Regierung Israels als auch die Führung der Hamas erkennen die Ergebnisse des Goldstone Reports nicht an.

Israel argumentiert, der Report selbst als auch der UN Menschenrechtsrat seien einseitig und Resolutionen richteten sich stets gegen Israel. Hamas nimmt für sich in Anspruch, unabhängig von Menschenrechten und internationalen Abkommen die Waffen selbst zu bestimmen (willkürliche Raketenangriffe auf zivile Einrichtungen Israels, Mordattentate, die eigene Bevölkerung als „Schutzschild“).

Der Gaza Krieg 2008/2009 war Folge der Aufrüstung und fortgesetzter umfangreicher Raketenangriffe durch Hamas. Kritiker der israelischen Friedensbewegung meinen jedoch auch, die Eskalation bis zum Krieg im Gaza sei dem Wahlkampf innerhalb Israels geschuldet. Letzteres mag eine Rolle gespielt haben. Dennoch bleibt unzweifelhaft, dass Hamas keine Gelegenheit ausließ und lässt, Anlässe zur Eskalation zu bieten. So begleitete Hamas den Abzug israelischer Soldaten mit Raketenbeschuss.

(Siehe auch <http://www.medico.de/material/rundschreiben/2009/04/zu-gast-bei-unabhaengigen/>, Bericht Jochi Weil-Goldstein, Nahostbeauftragter medico Schweiz).

„Würden deutsche Politiker den nach wie vor virulenten Antisemitismus im eigenen Land mit aller Macht bekämpften, hätten sie keinen Grund, sich gegenüber Israel mit falscher Vorsicht zurückzuhalten. Um eine berühmte Redewendung des israelischen Staatsgründers Ben Gurion abzuwandeln: Es gilt, gegen die israelische Besatzung zu kämpfen, als ob es keinen Antisemitismus gäbe - und gegen den Antisemitismus, als ob es diese Besatzung nicht gibt.“ (Tsafrir Cohen, taz online, 23.12.09, TS ist Repräsentant der medico).

Präambel:

Unsere Nahostpolitik fordert die Einhaltung des Völkerrechts. Sie unterstützt Maßnahmen, die ernsthaft dem dauerhaften Frieden in der Region dienen und Pacta Sund Servant (geltende Verträge sind einzuhalten).

Vorschläge für Grüne Position zur Diskussion

Regierung im Gaza:

Die herrschende Mehrheit (Hamas) im Gaza beansprucht für sich Regierungsgewalt im Gaza. Grüne sollten folglich die eigene Messlatte nicht niedrig hängen. Grüne Anforderungen an „good governance“, Schutz und Wohlfahrt der Bevölkerung, Minderheitenschutz, Demokratie, Wirtschaft und Ökologie, Rechtsstaatlichkeit und Einhaltung der unveräußerlichen Menschenrechte, friedliche Konfliktlösung und Einhaltung des Friedens gegenüber den Nachbarn schlage ich als Essentielle Parameter bei der Beurteilung der Situation vor.

Seitens der die Regierung stellenden Parteien (derzeit Hamas) seien folglich folgende **Vorleistungen** einzufordern:

1) Sicherung der Grenzen des Gaza gegen vom Gaza ausgehende Überfälle aller

Art auf den Nachbarn Israel. Einstellung und Verfolgung von Waffenschmuggel durch die Exekutive der Regierung der Hamas im Gaza. Transparente und nachvollziehbare Maßnahmen, überprüfbar durch bereits bestehende Kontrolleinrichtungen der UN und Israels. Null Toleranz – Gebot in dieser Frage. Aktuell (Dezember 2009) droht erneut der Ausbruch von Kriegshandlungen. Die Hamas hat die Atempause erneut genutzt: „Die Hamas macht keinen Hehl daraus, dass sie sich auf eine erneute Schlacht mit Israel vorbereitet. Im September verkündete der im Exil lebende Hamas-Chef Khaled Meschal, die Hamas nutze die Atempause, um aufzurüsten. "Brüder in [Palästina](#), trotz der Blockade und der geschlossenen Grenzen kaufen und produzieren wir Waffen, schmuggeln wir Waffen", sagte Meschal bei einem Besuch in Sudan.“, (Spiegel-online 28.12.2009).

2) Beitritt zur international allein anerkannten Vertreter der Palästinenser, der PLO durch die Gaza-Regierung.

3) Beendigung des genozidalen „Kriegsgeschreies“ gegen Israel und Verfolgung desselben durch die Regierung im Gaza.

4) Eindeutige Distanzierung von Terroranschlägen, Ächtung von Entführungen und transparente (s.o.) Verfolgung dieser. Befreiung aller Entführungsoffer. Null Toleranzgebot in dieser Frage.

Strikte Einstellung und Verzicht auf künftige kriegs- oder kriegsähnliche Handlungen gegen die Zivilbevölkerung Israels.

5) Gewährleistung von Demokratie, Menschenrechten, Pressefreiheit, Meinungsfreiheit im Regierungsgebiet der Hamas.

6) Schutz der Frauen und Kinder, insbesondere vor Missbrauch als „menschliche Schutzschilde“ im Zuge paramilitärischer und militärischer Einrichtungen.

7) Gewährleistung uneingeschränkter, transparenter Zugang für humanitäre Hilfsorganisationen.

8) Gewährleistung uneingeschränkter, transparenter Zugang für medizinische und der Versorgung der Bevölkerung dienende Güter und Hilfslieferungen.

9) Gewährleistung uneingeschränkter Zugangs durch Kontrolleinrichtungen der UN (Einhaltung der Menschenrechte, Umsetzung der Good Governance etc.).

10) Anerkennung des und Prüfung der im Goldstone Report erhobenen Vorwürfe, wie von der UN gefordert, durch die Hamas Regierung und Ahndung der Verstöße, sofern die Vorwürfe nicht entkräftet werden können.

Regierung Israel:

Seitens der die Regierung stellenden Parteien seien folglich folgende

Vorleistungen einzufordern:

1) Gewährleistung des wirtschaftlichen Austausches, Öffnung von Grenzübergängen zur Belebung der Wirtschaft im Gaza. Transparenz und Kontrolle durch Vertreter der UN und des Gaza.

2) Uneingeschränkte Gewährleistung und Sicherstellung humanitärer Hilfe für die Bevölkerung des Gaza. Sicherstellung uneingeschränkter, transparenten Zugangs humanitärer NGO. Transparenz und Kontrolle durch Vertreter der UN und des Gaza.

3) Uneingeschränkte Einstellung der illegalen Siedlungstätigkeit, Abbruch illegaler Siedlungen. Transparenz und Kontrolle durch Vertreter der UN und des Gaza.

4) Uneingeschränkte Einhaltung der Menschenrechte und rechtsstaatlicher Grundsätze bei der Verfolgung terroristischer Gewalttäter/innen, Organisationen, Parteien und Verbänden auf dem Gebiet Israels.

5) Einhaltung der Verhältnismäßigkeit bei der Verfolgung terroristischer Täter.

- 6) Strikte Einstellung und künftiger Verzicht von kriegs- oder kriegsähnlichen Handlungen gegen die Zivilbevölkerung des Gaza. Einhaltung der Verhältnismäßigkeit der gewählten Mittel. Anerkennung des und Prüfung der im Goldstone Report erhobenen Vorwürfe, wie von der UN gefordert, durch die Regierung Israels und Ahndung der Verstöße, sofern die Vorwürfe nicht entkräftet werden können.
- 7) Anerkennung und Respektierung der Wahlen im Gaza. Immunität für die gewählten Abgeordneten (siehe als Voraussetzung u.a. Gaza Pte. 3-5).
- 8) Überprüfung der Haftgründe und der Haftbedingungen palästinensischer Häftlinge nach rechtsstaatlich nachvollziehbaren, transparenten Kriterien unter Beteiligung des Internationalen Gerichtshofes (Transparenz).
- 9) Beseitigung diskriminierender Gesetze, Verwaltungsmaßnahmen etc., die sich eindeutig gegen den palästinensischen Bevölkerungsteil richtet.
- 10) Beginn von ernsthaften Abrüstungsverhandlungen für eine Demilitarisierung der ganzen Region.

→... *Wie kann eine angemessene Reaktion auf die israelische Siedlungspolitik aussehen? Wir stellen wir uns zu Forderungen nach dem Boykott von israelischen Produkten aus Siedlungen oder nach Stopp von Waffenlieferungen an Israel?*

Die hier aufgeworfene Frage nach einem allgemeinen Boykott israelischer Produkte stellt sich so nicht. Ein Boykott israelischer Produkte/Firmen ist abzulehnen. Neben der hauptsächlich in Deutschland diskutierten Frage, ob angesichts der deutschen Mord-Vergangenheit und virulentem Antisemitismus dies ein unterstützenswertes „Mittel gegen Israel“ ist (das ist klar abzulehnen!) müssen wir uns der Frage stellen, welche konkrete Regierungspolitik Israels verdient Grüne Unterstützung, welche nicht? Wenn auch ein allgemeiner Boykott von uns nicht unterstützt werden sollte, ist sehr wohl darüber nachzudenken, inwiefern der exorbitant ausgeweitete Handel Israels mit Waffen und sog. „Sicherheitssystemen“ verhindert werden kann. Gewinn orientierte Industrien in kapitalistischen Ländern neigen dazu, aus der „Not eine Tugend“, sprich Profit zu machen. Das, was sich in dieser Hinsicht entwickelt geht längst über „berechtigte Sicherheitsinteressen“ hinaus. Vertreter der israelischen Friedensbewegung kritisieren, dass die israelische Gesellschaft sich immer mehr weg von einer freien, demokratischen und weltoffenen Gesellschaft hin zu einem totalitären Überwachungsstaat entwickelt, für den die Bürger/innen des Landes einen hohen Preis zahlen, ohne die versprochene „Gegenleistung“ in Form von Frieden und Sicherheit durch die Politik der Regierung je bekommen zu können.

Der Fokus unserer Arbeit sollte auf der Kritik der Israel-Politik der deutschen Bundesregierung liegen. „Keine Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete“, keine Proliferation und Lieferung von Waren und Systemen, die der nuklearen Aufrüstung Israels dienen (U-Boot-Frage). Unterstützung für ernsthafte Verhandlungen zur Demilitarisierung der Region. Unterstützung der grenzsichernden Maßnahmen (siehe Pte. Unter Frage 1). Unsere Unterstützung sollte allen Maßnahmen der israelischen Regierung dienen, die der Deeskalation nützen, also wirkliche Beendigung der illegalen Siedlungstätigkeit, Öffnung der Grenze für Wirtschaft, Waren und humanitäre Hilfe in den Gaza. Unterstützung der NGO, die eine Aufhebung der Blockade fordern (siehe u.a. „Die 16 Organisationen drängen auf eine konzertierte Aktion der EU, um die Blockade des Gazastreifens zu beenden. Die europäischen Außenminister werden aufgerufen, Gaza zu besuchen, um sich selbst ein Bild von den Folgen für die Bevölkerung zu machen. Als erster wichtiger Schritt wird die sofortige Öffnung der Übergänge für Baumaterialien vor dem Wintereinbruch gefordert.“ <http://www.medico.de/themen/krieg/nahost/dokumente/neuer-bericht-ein-jahr-nach-der-gaza-offensive/3672/>).

→... Welche Entwicklung gibt es innerhalb linker, grüner und friedensbewegter Kräften nach den Wahlen 2009? Wer sind unsere Bündnispartner in Israel? „Die Zionisten“ gibt es in Israel nicht. Das gesellschaftlich politische Spektrum unter den besonderen Bedingungen eines jeden Landes, auch das Israels, definiert sich eben über diese Bedingungen. Seit Oslo und der Ermordung Rabins und dem Tode Jassir Arafats haben die „Rechten“ in Israel die Oberhand. Die Regierung Israels zeigt kein Interesse an der Wiederaufnahme eines wie auch immer gearteten Friedensprozesses. Der „War against Terror“ trifft in erster Linie die zivilen Strukturen im Gaza und führt in der Zivilbevölkerung zu Not, Elend, Tod und wirtschaftlichem und kulturell-sozialem Niedergang. Das vorgebliche Ziel, Ausschaltung der Hamas und ein Ende der Raketenangriffe wird offenkundig nicht erreicht. Ein ähnliches Muster lässt sich auch im Libanon erkennen (wieder erstarken der Hisbollah). Die Bevölkerung Israels selbst zahlt ebenfalls einen hohen Preis für die Politik ihrer Regierung, wie die israelische Friedensbewegung öffentlich demonstriert. Würde die Regierung Israels an einer Zweistaatenlösung ernsthaft interessiert sein, läge es in ihrem Interesse, die Entwicklung zivil-staatlicher Institutionen im Gaza zu unterstützen, statt diese militärisch zu zerschlagen. Es läge in ihrem Interesse, geeignete humanitäre und wirtschaftliche Maßnahmen zu fördern und zu ergreifen, die der Bevölkerung des Gaza einen Weg aus der ausweglosen Lage weist und die Strategie der Hamas durchkreuzt. Bündnispartner in Israel sollten aus Grüner Sicht unter denen gesucht werden, die der kriegstreiberischen Politik der israelischen Regierung widersprechen, ernsthaft für eine Friedens- und Zweistaatenlösung eintreten. Die gegenwärtige Regierung Israels verdient unseren Energischen Protest.

→... Wie bewerten wir die Entwicklung im Gazastreifen und die Hamas? Die Entwicklung im Gaza ist ein humanitäres Desaster. Die Hamas als Organisation, die dem Völkermord das Wort redet und westlich-nationalsozialistische Versatzstücke teilweise eins zu eins übernommen hat, ist Teil des Problems und nicht Teil der Lösung. Anzuerkennen ist, dass sie in gemeinhin anerkannten Wahlen, die Bevölkerung Gazas regierungsmehrheitlich repräsentiert. Umstritten sind die Motive der Wähler/innen. Es scheint, als sei weniger die Übereinstimmung mit der Programmatik der Hamas Hauptmotiv als vielmehr Korruption und das völlige Abwirtschaften der politischen Konkurrenz (Fatah) gewesen zu sein. Unterdessen hat Hamas mit terroristischen Mitteln konsequent ihre Macht im Gaza ausgebaut. Zurzeit bereitet sich Hamas auf eine erneute Eskalation vor. Sie hat die Atempause zur Aufrüstung genutzt, wie deren Führer vollmundig verkünden. Es steht zu erwarten, dass Hamas erneut ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung im Gaza einen aussichtslosen Konflikt sucht. Grüne suche nach Bündnispartnern müsste sich folglich bei der „politischen Konkurrenz“ der Hamas umsehen. Grüne Politik sollte prioritär deutlich Stellung nehmen, dass die israelische „in Haftungsnahme“ pauschal der ganzen Bevölkerung inakzeptabel ist, wie auch, die Politik der Hamas, die rücksichtslos und kompromisslos Gesundheit und Leben der Bevölkerung des Gaza für ihre genozidalen politischen Ziele funktionalisiert.

→... Welche Entwicklung nimmt die Westbank und die Fatah?

Die Siedlerbewegung in Israel ist der rechtsextreme Außenposten. Ihre Führung ist ein Bollwerk in der offen die „Landnahme durch religiös fundamentalistische Juden“ gefordert wird. Dieser Bewegung geht es nicht um „Freizügigkeit“ in einem „Freien Land“, wie das der europäischen Idee inhärent ist. Ihr geht es um die, auch gewaltsame, Verdrängung der palästinensischen Bevölkerung. Sie kumuliert in der Westbank. Faktisch haben sich praktisch alle israelischen Regierungen dieser Bewegung mehr oder weniger gebeugt. Die israelische zivil- und politische Gesellschaft muss sich von diesen Ideologen distanzieren und sie klar in ihre Schranken weisen. Der Mauerbau umschließt konsequent auch eindeutig und eingestandene illegale Siedlungen. Die israelische Regierung hat mit dem Zerfall der russischen Sowjetrepubliken systematisch Neubürger angeworben, um den Bevölkerungsdruck auf die palästinensische Bevölkerung zu erhöhen. Die Mörder Rabins sollen aus den Reihen eben dieser Siedlerbewegung stammen. Diese Bewegung hat politische und materielle Interessen, die massiv gegen jede Form des Friedensschlusses gerichtet sind. Diese Bewegung sabotiert erkennbar Kompromissangebote der Fatah. Innerhalb der Fatah hat sich eine gemäßigte Strömung durchgesetzt, die de facto den Staat Israel und sein Existenzrecht anerkennt (siehe Oslo-Prozess). Die unversöhnliche Politik der Siedlerbewegung gefährdet derzeit jeden Ausgleich und es muss damit gerechnet werden, dass sich militante Strömungen bei Fatah durchsetzen (Hisbollah und Fatah nahe Organisationen wie die al-Aqsa Brigaden provozierten u.a. den Libanonkrieg 2006).

→... Welche Konsequenzen ergeben sich aus erlittenes Unrecht

Rückkehrrecht für Palästinenser, Entschädigungen)? Was können Deutschland und Europa leisten?

Finanzielle und materielle Aufbauhilfe, Hilfe zur Selbsthilfe in der Region, aber auch Aufnahme Ausreisewilliger aus der Region und Hilfen für einen Neustart in der Europäischen Union und Deutschland. Grundsätzlich allerdings müssen die Bedingungen hinsichtlich Entschädigungen und Rückkehrrecht zwischen den derzeit verfeindeten Parteien ausgehandelt werden. So stellt sich hinsichtlich Entschädigungen z.B. ja nicht nur die Frage nach dem Schaden bei den Palästinensern, sondern auch Israelis haben Schäden erlitten (z.B. durch Terroranschläge).

→... Wie stehen wir zu eventuellen Sicherheitsgarantie für Israel und Palästina durch VN, EU, NATO nach einem Friedensschluss?

Aus Grüner Sicht sollte man sich für Sicherheitsgarantien unter Bedingungen, und klaren Vorleistungen, der Kontrahenten einsetzen. Diese Vorleistungen sollten die umliegenden Staaten der Region einbeziehen und es ist klar, dass sie die Abgabe von Souveränitätsrechten beinhalten. Die Demilitarisierung der Region beinhalten den Verzicht auf und die Zerschlagung bestehender Nuklearanlagen, auch die friedliche Nutzung der Atomenergie sollte vollständig aufgegeben werden, denn sie ist Einfallstor für Proliferation und ständiges Misstrauen. Nationalstaatliche, militärische Institutionen sollten auf ein vertretbares Maß unmittelbarer territorialer Sicherung reduziert werden, obwohl möglichst ganz zugunsten polizeilicher Institutionen auf Militäreinrichtungen verzichtet werden sollte.

Anstelle der nationalstaatlichen Militäreinrichtungen könnte ein System gegenseitiger Friedensabkommen treten, dessen militärische Absicherung durch die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedsstaaten garantiert werden würde. Es wäre

anzustreben, der UN eigene Militäreinrichtungen zur Friedenserzwingung zu unterstellen. Diese einzurichten, böte der Weg zum Frieden in der Region Nahost die Chance. Dies könnte ein Beitrag zur weltweiten Abrüstung sein, wäre jedoch ebenfalls mit der Aufgabe weitreichender Souveränitätsrechte der Regierungen der Nationen der Welt verbunden. Dies wäre ein gewaltiger Schritt für die Menschheit. Bis dahin könnte, ernsthafter Friedenswille in der Region vorausgesetzt, die militärische Absicherung und die Sicherheitsgarantien unter klarem Mandat und Regime der UN von den militärisch mächtigsten Nationen übernommen werden.

Sicherheitsgarantien müssen grundsätzlich von allen Seiten als neutral im Sinne der Kontrahenten anerkannt sein, mit anderen Worten also: Spielregeln, die für alle gelten und von allen einzuhalten sind, andernfalls werden sie durchgesetzt, nötigenfalls militärisch. Sie erstrecken sich auf alle Kontrahenten im Sinne der ausgehandelten Vertragspunkte. Als Grüne Partei sollten wir uns nicht für einseitige Sicherheitsgarantien in der Region einsetzen. Es ist nicht im europäischen oder deutschen Interesse, möglicherweise „Kriegspartei“ in Nahost zu werden.

Sollte ein dauerhafter Frieden in Nahost jedoch nicht durchgesetzt werden können, droht genau das. Die EU, besonders Deutschland und Nato werden möglicherweise vor die Frage gestellt sein, an der Seite Israels Krieg gegen einen zum Völkermord entschlossenen Staat zu führen. Diese Bedrohung geht unübersehbar von Iran aus. Sollte der Iran zur Atommacht werden, könnte der Albtraum wahr werden. Auch für unsere Partei wird es in einem solchen Fall zur Zerreißprobe kommen ... Es ist also sicher sehr sinnvoll, sich diese Frage – so hypothetisch sie zurzeit scheinen mag, bereits hypothetisch mit zu stellen ...

Aus Grüner Sicht sind Sicherheitsgarantien unmittelbar mit wirtschaftlichen Garantien verbunden. In der EU und Deutschland müsste für einen fairen „Länderausgleich“ zur Angleichung der wirtschaftlichen Bedingungen nach „oben“ unter sozialen, ökologisch-ökonomischen Gesichtspunkten geworben werden.